

geringer ausgeprägt. Leider haben unsere Vorgänger nie ernsthaft oder effektiv dagegen opponiert oder die Kollegenschaft wenigstens ehrlich aufgeklärt. Wir müssen die Suppe jetzt auslöffeln, die uns andere eingebrockt haben. Viele Dinge können wir als Standespolitiker einfach nicht ändern. Und wenn wir das nicht können, sollten wir wenigstens so ehrlich sein und die Dinge beim Namen nennen.

BZB: Was raten Sie Zahnärzten, die ihre Praxis-EDV partout nicht mit dem Netz der gematik verbinden wollen?

Kinner: Dafür gibt es bereits eine Lösung: das sogenannte Stand-alone-Szenario. Sie brauchen dafür einen eigenen Konnektor mit einem eigenen Lesegerät, die nur für den Datenaustausch mit der gematik dienen. Diese Lösung ist für die Praxis aber mit einem erheblichen finanziellen und logistischen Mehraufwand verbunden. Jeder Zahnarzt muss selbst

entscheiden, ob er den auf sich nimmt. Zudem plädiere ich für Ehrlichkeit auch an dieser Stelle: Mit den nächsten Ausbaustufen des Online-Rollouts wird dieses Szenario Geschichte sein und nicht mehr funktionieren. Daher kann ich, so gerne ich das würde, diese Lösung nicht allgemein vorschlagen. Sie wird nur für einige wenige Praxen infrage kommen. Alle notwendigen Informationen für das Stand-alone-Szenario und den gesamten Online-Rollout stellen wir selbstverständlich auf kzvb.de bereit.

BZB: Ist Ihre Praxis bereits abgeschlossen?

Kinner: Ich habe bewusst lange gewartet, bevor ich den Online-Rollout vollzogen habe, um Anfangsschwierigkeiten zu vermeiden. Das ist wie mit dem Autokauf: Die ersten Fahrzeuge einer neuen Modellreihe haben noch ein paar Macken. Mittlerweile gibt es ausgereifte

Konnektoren und die laufen in der Regel bisher reibungslos. Das ist zumindest in meiner Praxis der Fall. Zudem hat endlich der Wettbewerb durch mehrere Anbieter dafür gesorgt, dass die Preise annähernd im gleichen Umfang sinken wie die Erstattungspauschalen. Die Marktmacht einiger weniger Oligopolisten ist nicht mehr so ausgeprägt. Und natürlich haben auch die Techniker jetzt mehr Erfahrung als zu Beginn des Online-Rollouts.

Mein Fazit:

Anbinden an die TI: *jetzt ja*
Angebote genau prüfen: *ja*
Ärzte, Kollegen, Patienten, Bürger, Politik auf die Entwicklung aufmerksam machen: *ja*
Politische, gesellschaftliche Diskussion: *ja*
Verweigern mit Selbstschaden: *nein*

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Leo Hofmeier.

„Der niedergelassene Zahnarzt ist das Rückgrat der Versorgung“

MdB Hans Georg Michelbach über die Arbeit der Großen Koalition

Dr. h.c. Hans Georg Michelbach (CSU) gehört seit 1994 dem Deutschen Bundestag an. Bis 2018 war er Vorsitzender der Mittelstands-Union. Auch nachdem er dieses Amt an den ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer abgegeben hat, engagiert sich der Unternehmer aus Unterfranken in besonderer Weise für die Interessen der Wirtschaft und des Mittelstands. Anlässlich eines Besuchs im Zahnärzterhaus sprachen wir mit ihm über die Arbeit der Großen Koalition und die Arbeit von Jens Spahn.

BZB: Wie beurteilen Sie den Zustand der schwarz-roten Koalition? Wird sie bis zum Ende der Legislaturperiode halten?

Michelbach: Wir haben lange gebraucht, bis wir zu einer handlungsfähigen Koalition gekommen sind. Der erste Anlauf ist leider an der FDP gescheitert. Und es bedurfte des Bundespräsidenten, um die SPD aus der Verweigerungsecke zu holen. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen hat mich nicht zu Jubelstürmen veranlasst. Der Koalitionsvertrag setzt zu sehr aufs Konsumieren und Verteilen und zu wenig auf das Erwirt-

schaften und auf Wachstumsimpulse, die wir gerade jetzt dringend bräuchten. Inzwischen hat die schwarz-rote Koalition Fahrt aufgenommen. Aber natürlich läuft die Arbeit nicht ohne Konflikte. Aktuell kann man dies bei der Grundsteuerreform beobachten. Die SPD strebt hier eine Ersatzvermögenssteuer an, die die Mieten von Wohnungen und Praxen in den jetzt schon teuren Ballungsgebieten weiter in die Höhe treiben wird. Das ist verantwortungslos. Ich kann dazu nur sagen: Das ist mit uns nicht zu machen! Koalitionen bleiben natürlich immer ein schwieriges Geschäft. Aber wir können



Foto: KZVB

Der CSU-Mittelstandspolitiker Dr. h.c. Hans Georg Michelbach (2.v.r.) traf sich mit den Repräsentanten der bayerischen Zahnärzte zu einem Gespräch im Zahnärzthehaus München. Den Konzentrationsprozess in der Zahnmedizin sieht der Bundestagsabgeordnete kritisch.

und dürfen nicht vor dem Votum der Wähler und vor der Verantwortung für unser Land davonlaufen.

BZB: Wird die aktuelle Bundesregierung den Erwartungen der Wirtschaft und des Mittelstands gerecht?

Michelbach: Ich fürchte, der SPD-Teil dieser Koalition versteht die Bedürfnisse der Wirtschaft überhaupt nicht mehr. Die SPD hat gelegentlich in Sonntagsreden ein positives Verhältnis zum Mittelstand. Im Alltag wird dort eher so diskutiert, als seien Unternehmer und Freiberufler potenzielle Kriminelle. Die SPD ist eben keine Partei der sozialen Marktwirtschaft. Dort herrscht totale Staatsgläubigkeit. Und das ist schädlich für unser Land. Davon darf sich die Union nicht anstecken lassen.

BZB: Was würde sich ändern, wenn Sie nicht zu ständigen Kompromissen gezwungen wären?

Michelbach: Sicher eine ganze Menge – zumindest dort, wo die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist. Denn eines muss man sehen: Durch die Zersplitterung der Parteienlandschaft haben in den Ländern vielfach Grüne und Linke maßgeblichen Einfluss erhalten – und gemeinsam mit der SPD in den Länderregierungen könnten sie auch viele Initiativen blockieren. Aber bei der Grundsteuerreform, bei der ganzheitlichen Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder der dringend notwendigen Modernisierung der Unternehmensbesteuerung würden wir gewiss einen anderen Kurs fahren.

BZB: In der Zahnmedizin ist aktuell ein Trend zur Anstellung und zu größeren Organisationseinheiten – vor allem MVZ – zu beobachten. Ist das in Ihrem Sinne?

Michelbach: Ich sehe diese Entwicklung mit einer gewissen Skepsis. Wenn sich dieser Trend durchsetzt, sehe ich die Gefahr, dass die zahnärztliche Versorgung in der Fläche enormen Schaden erleidet. Die größeren Einheiten brauchen eine große Zahl von Patienten, um rentabel zu arbeiten. Das mag in Großstädten ansatzweise funktionieren. In der Fläche führt es zu überlangen Wegen für die Patienten. Wir brauchen auch künftig noch den niedergelassenen Zahnarzt mit seiner freiberuflichen Praxis. Er ist das Rückgrat der zahnärztlichen Versorgung in den Regionen – und dort wohnen immer noch die meisten Menschen in diesem Land. Deren Bedürfnisse dürfen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht vernachlässigt werden. Ich erlebe aber in der Politik gerade auf Bundesebene immer wieder, dass zu häufig in Großstadtdimensionen gedacht wird und die Fläche hinten runterfällt. Das wird den Menschen in unserem Land aber nicht gerecht.

BZB: Der aktuelle Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gilt als sehr ehrgeizig und durchsetzungsstark. Wie erleben Sie ihn im persönlichen Umgang?

Michelbach: Jens Spahn ist davon überzeugt, dass er das Richtige tut. Er ringt heftig darum, die Mittel in Medizin und Pflege effektiver einzusetzen und dadurch auch zu verbessern. Das ist ein sehr

schwieriges Feld. Dass wir zu planwirtschaftlichen Ansätzen in der Gesundheitspolitik kommen, muss verhindert werden.

BZB: Sie sind einer der wenigen Politiker, der selbst unternehmerisch tätig ist. Inwieweit beeinflusst das Ihr politisches Handeln?

Michelbach: Unternehmerische Verantwortung als Mittelständler schärft den Blick dafür, welche praktischen Folgen politische Entscheidungen haben. Als Unternehmer haben Sie nur Erfolg, wenn Sie über einen klaren Blick auf die Wirklichkeit und über praktische Vernunft verfügen. Und diese praktische Vernunft ist es, die die Politik viel mehr braucht. Deshalb habe ich mich nach anfänglichem Zögern entschlossen, in die Bundespolitik zu gehen, als mir vor 25 Jahren eine Wahlkreiskandidatur angetragen wurde. Und deshalb habe ich auch 18 Jahre an der Spitze der CSU-Mittelstands-Union gestanden und dafür geworben, dass Unternehmer, Freiberufler und Selbstständige sich direkt in der Politik engagieren und ihre Forderungen dort auch artikulieren. Das bleibt auch weiter mein Anliegen, auch wenn ich aus eigenen Erfahrungen weiß, dass dies sehr fordernd ist. Aber das ist es wert. Denn es geht um die kluge Gestaltung unseres Gemeinwesens. Ich bin stets auf der Suche nach Marktwirtschaft, weil dies das beste Erfolgsmodell für das Gemeinwohl ist.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch!

Redaktion